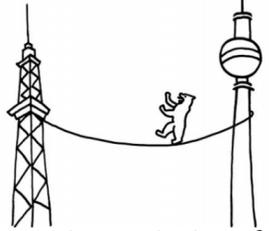


Von Tag zu Tag



Nachwuchskraft

NINA BREHER begrüßt Fuchs Günther in der Sozialverwaltung

Die Personalprobleme in der Berliner Verwaltung gehören der Vergangenheit an. Denn dort hat man offenbar tierische Nachwuchskräfte anwerben können: Jungfuchs Günther tauchte diese Woche hochmotiviert im sechsten Stock des Dienstgebäudes der Sozialverwaltung in der Oranienstraße auf – „ohne Dienstaussweis und Termin“ zwar, aber immerhin pünktlich: „zwischen 8.00 Uhr und 09.00 Uhr“.

Kein Wunder, dass man ihn dort am liebsten gleich eingestellt hätte, auch wenn die Polizei ihn erst einmal mitnahm, um ihn zum Tierarzt zu bringen. Die Senatsverwaltung erwäge, „aufgrund des Fachkräftemangels Günther eine dauerhafte Stelle anzubieten“, wie sie dem Checkpoint mitteilte. Die Begründung für die Job-Ausschreibung hat man dort schon parat: „Schlau ist er ja und die polizeiliche Überprüfung hat er auch schon hinter sich.“ Welche Vergabestelle könnte da Nein sagen?



Tierbesuch. Günther kam ohne Termin und Ausweis. Foto: dpa/Daniela Sprenger/SenIAS

Ein Beitrag aus dem Tagesspiegel-Newsletter **Checkpoint** – damit Sie früher wissen, was Berlin bewegt. Abo: [checkpoint.tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de/checkpoint)

Corona-Hilfen: Ermittlungen eingestellt

Staatsanwaltschaft sieht kein Fehlverhalten bei IBB

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen Vorstände der Investitionsbank Berlin (IBB) im Zusammenhang mit der Auszahlung von Corona-Soforthilfen eingestellt. Den Betroffenen sei kein strafrechtlich relevantes Fehlverhalten vorzuwerfen, teilte die Behörde am Donnerstag mit. Die Staatsanwaltschaft hatte nach Angaben einer Sprecherin seit 30. Juni 2020 wegen des Verdachts der Untreue beziehungsweise Beihilfe zur Untreue ermittelt. Hintergrund waren Betrugsfälle im Zusammenhang mit der Auszahlung der Corona-Soforthilfen.

Diese sind aus Sicht der Staatsanwaltschaft aber nicht den Beschuldigten bei der IBB zuzurechnen, sondern „auf betrügerischen Handlungen Dritter, die durch falsche Angaben Auszahlungen bewirkt haben“. Nach umfangreicher Prüfung sei kein „pflichtwidriges Handeln“ feststellbar – weder bei den Verantwortlichen der Bank noch bei Beschäftigten, die an der Ausgestaltung des Programms zu den Soforthilfen beteiligt gewesen seien, hieß es.

Angesichts der „coronabedingten Ausnahmesituation“ sei die bewusste Entscheidung nicht zu beanstanden, schnell und unbürokratisch Hilfen zu ermöglichen und eine vertiefte Prüfung der Anträge hintanzustellen. Gleichwohl gab es nach einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ laut dem Abschlussvermerk der Staatsanwaltschaft Prüfungen: So seien im Zeitraum vom 27. März bis zum 31. Mai 2020 insgesamt 245 677 Anträge gestellt worden. Davon seien 31 916 abgelehnt worden. Laut Staatsanwaltschaft habe es bei etwa 9260 Anträgen nachgelagerte, vertiefte Stichprobenprüfungen gegeben. dpa



An der Belastungsgrenze. Weil viele Stellen für Sozialarbeiter:innen nicht besetzt sind, müssen die vorhandenen mehr arbeiten und sind stärkeren Belastungen ausgesetzt. So verschärft der Mangel sich selbst, meinen Expert:innen. Eine neue Ausbildung soll Abhilfe schaffen. Foto: dpa/Stefan Trappe

Hilfe für Helfer

Es gibt zu wenig ausgebildete Sozialarbeiter. In Berlin startet daher nun ein Pilotprojekt

VON ROBERT KIESEL

Immer mehr Menschen in Berlin sind auf Hilfe angewiesen – die Sozialarbeiter:innen, die sie unterstützen können, fehlen aber überall. Eine seit Jahren klaffende Lücke im sozialen Bereich wächst immer weiter. Staatliche Stellen und freie Träger können ihren wachsenden Bedarf an gut ausgebildeten Sozialarbeiter:innen nicht decken. Gleichzeitig verändert sich die Stadt immer weiter: Soziale Härten nehmen zu, die Zahl obdachloser Menschen steigt.

Ela Hörnschemeyer ist Fachbereichsleiterin bei der Gebewo, einem sozialen Träger mit Einrichtungen in der Wohnungsnotfallhilfe, der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe für Frauen. Sie kennt die Szene seit gut 30 Jahren. Sie registriert, dass hilfebedürftige Menschen immer öfter durchs System fallen, wie sie sagt – ganz einfach weil diejenigen, die es am Laufen halten, überlastet sind. „Wenn keine Hilfe geleistet werden kann, rutschen die Leute mitunter richtig ab“, erklärt Hörnschemeyer. Sie spricht von einem „Teufelskreis“ und bezieht sich dabei auf die schwindende Leistungsfähigkeit des Sozialsystems, das gerade in Pandemiezeiten massiv gefordert ist. Menschen bleiben sich selbst überlassen, auch weil die Kapazitäten der ebenfalls chronisch überlasteten Streetworker nicht ausreichen würden, sagt Ela Hörnschemeyer.

Und nicht nur dort: „Der Personalmangel betrifft alle Träger in ganz Berlin. Viele Einrichtungen haben einen Aufnahmestopp verhängt, weil ihnen die Leute fehlen.“ Gehe es so weiter, „werden früher oder später bestimmte Dienst abgewickelt werden müssen“, ist sich Hörnschemeyer sicher. Schon jetzt könnten bestimmte Wohnformen, oft keine neuen Klienten aufnehmen. Deshalb landen die Menschen früher oder später im Krankenhaus. Hörnschemeyer spricht von einem „Verschiebebahnhof“, nur dass es dabei eben nicht um Waren, sondern um Menschen gehe.

Mirjam Blumenthal (SPD), Jugend- und Gesundheitsstadträtin in Neukölln, bestätigt das Problem. Sie spricht von einer „Entmenschlichung“ der Sozialen Arbeit, einfach weil immer weniger Mitarbeiter:innen immer mehr Klient:innen zu betreuen haben und dadurch der „zwischenmenschliche Dialog“ auf der Strecke bleibe. „Durch den Personalmangel entsteht eine Überlastung der Menschen, die aktuell die Arbeit leisten. Das wiederum führt zu Ausfällen und einer erneuten Mehrbelastung der verbleibenden Arbeitskräfte. Wir verwalten den Mangel“,

sagt Blumenthal. Aktuell seien von 166 Stellen, die im Bezirksamt Neukölln zur Verfügung stehen, 140 besetzt. „Alle suchen händeringend Menschen, die gut ausgebildet sind und in der sozialen Arbeit arbeiten können“, sagt Blumenthal. Sie verweist auf den „unwahrscheinlich hohen psychischen Druck“, unter dem vor allem die Mitarbeiter:innen im Bereich Kinderschutz stehen. „Im Extremfall kann der Personalmangel das Kindeswohl gefährden“, sagt Blumenthal und ergänzt: „Alles, was dazu führt, dass mehr gut ausgebildete Menschen in diesem Bereich arbeiten, hilft.“

Um dem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen, plant die Senatsverwaltung für Finanzen gemeinsam mit der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin (KHSB) einen dualen Studiengang Soziale Arbeit. Dieser soll zum Sommersemester 2023 starten, die Unterzeichnung des befristeten Kooperationsvertrages ist für den kommenden Mittwoch angesetzt. Jeweils 40 Studierende sollen nach aktueller Planung vom kommenden Sommersemester an für das Berufsfeld Soziale Arbeit ausgebildet werden. Die Besonderheit: Die Studienplätze werden zumindest zunächst ausschließlich von Studierenden des Landes Berlin belegt. Sie sollen bereits während des Studiums in den Jugend-, Gesundheits- und Sozialämtern der Berliner Bezirke tätig sein. Dazu kommen Studierende aus Justizvollzugsanstalten, den Sozialen Dien-

ten der Justiz und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales. Eine Übernahme nach erfolgreichem Studienabschluss in diesen Bereichen ist Bestandteil des Studienvertrages. Die Kosten belaufen sich für das Land Berlin im gesamten Projektzeitraum auf einen niedrigen einstelligen Millionenbetrag. Die Studienentgelte in Höhe von 1400 Euro pro Monat tragen die Praxisstellen.

Für Gabriele Kuhn-Zuber, Präsidentin der in Karlshorst gelegenen KHSB, ist der duale Studiengang eine passende Reaktion auf den Fachkräftemangel in der Stadt. „Wir wollen nicht, dass die Menschen in der sozialen Arbeit verheizt werden“, sagt sie und verweist auf die für Bewerber:innen und Studierende günstige Ausgangslage. „Uns erreichen sehr viele Anfragen von möglichen Arbeitgebern. Bedarf gibt es in allen Bereichen“, sagt Kuhn-Zuber. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie habe das Thema in den Blick gerückt, eine Vielzahl der Probleme sei „wie unter einem Brennglas für alle deutlich geworden“.

Ela Hörnschemeyer, die für ihren Fachbereich der Eingliederungshilfe ebenfalls händeringend Sozialarbeiter:innen sucht, bleibt bei dem neuen dualen Studiengang vorerst nur Zusage. Freie Träger profitieren zumindest zunächst nicht. Für eine grundsätzliche Verbesserung der Lage brauche es ohnehin viel mehr als das, ist sie sich sicher, nämlich „Anerkennung und Wertschätzung“.

Wieder ein Video-Call mit Klitschko

Senatskanzlei verschärft Sicherheitsbestimmungen

Die Berliner Senatskanzlei verschärft nach dem Fake-Videointerview der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) mit einer Person, die sich als Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko ausgegeben hatte, die Sicherheitsbestimmungen. Zukünftig wird es „Vortests“ hinsichtlich der Echtheit von Gesprächspartnern geben, teilte die Senatskanzlei auf Tagesspiegel-Anfrage mit. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass hinter dem Fake-Anruf vom russischen Staatskonzern Gazprom bezahlte Satiriker stecken, die den Kreml unterstützen. Das ergaben Recherchen des ARD-Magazins „Kontraste“. Der Fall eröffnete eine „neue Dimensionen von Prüfnotwendigkeiten in der gesamten Kommunikation“, schreibt die Senatskanzlei.

**Botschaften und Ministerien werden stärker einbezogen**

Die Prüfungen sollen schon in der Gesprächsanbahnung beginnen – dafür ist in den meisten Fällen die Protokollabteilung zuständig. Künftig sollen in solche Gesprächsformate mit ausländischen Gästen „insbesondere externe Stellen wie Botschaften und Bundesministerien“ stärker einbezogen werden.

Neben Berlins Regierende Bürgermeisterin hatten die russischen Satiriker noch mindestens vier weitere europäische Stadtoberhäupter sowie die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson mit ihrer Masche hereingelegt. In ihrer Show auf Russlands YouTube-Alternative Rutube waren bisher jedoch nur Ausschnitte aus ihren Gesprächen mit Johansson und Warschaus Stadtpräsident Rafal Trzaskowski zu sehen. Die Gesprächsinhalte mit Giffey sollten in dieser Woche veröffentlicht werden. Bisher ist dies aber nicht geschehen.

Giffey und ihr Team waren während des Gesprächs erst wegen der Fragen des Gegenübers stutzig geworden – das Video des vermeintlichen Gesprächspartners habe echt gewirkt. Video-Aufnahmen der Senatskanzlei existieren aber nicht, weil das Gespräch vertraulich sein sollte. Zwar wurden die Sicherheitsbedingungen nun verschärft, einen Fehler will die Senatskanzlei aber nicht gemacht haben. Stattdessen heißt es: „Im konkreten Fall weisen wir darauf hin, dass die genutzte E-Mail-Endung den Adressen entsprach, wie sie etwa auch das Internationale Büro in Kiew nutzt, mit dem die Senatskanzlei für gewöhnlich in Kontakt steht.“

Nach dem Fake-Interview hatte der echte Vitali Klitschko Giffey ein Gespräch angeboten. Ein Termin dafür steht jedoch noch nicht fest. Es ist auch diesmal wieder ein Video-Call vorgesehen. Dieser soll diesmal allerdings „in enger Abstimmung mit der Botschaft der Ukraine und dem Internationalen Büro in Kiew“ organisiert werden. Die Senatskanzlei betont: „Es wird in geeigneter Weise ein Vortest bezüglich der Echtheit erfolgen.“ JULIUS BETSCHKA

Blaulicht am Beckenrand

Nach Tumulten will die Bundesinnenministerin mehr Polizei in Freibädern. Berlin lehnt das ab. Einen Gewaltanstieg gibt es nicht

Dutzende junge Männer mit Migrationshintergrund dreschen im Freibad aufeinander ein. Enthemmte Gewalt, Testosteron auf Brautschau, Berlin im bundesweiten Fokus. „Familien und Kinder müssen unbeschwert ins Schwimmbad gehen können in Deutschland“, kommentierte Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen solchen Vorfall Ende Juni im Sommerbad Neukölln. Ein Video der angeblichen „Massenschlägerei“ verbreitete sich schnell im Internet. Die SPD-Politikerin erklärte in der „Bild“-Zeitung, dies sei „ganz offensichtlich Gewalt aus migrantischen Milieus“. Faeser forderte deshalb „hinreichend Polizeipräsenz“ in Freibädern. Wie schlimm ist die Lage also?

Zahlen der Polizei zeigen keinen Trend hin zu mehr Gewalt in Berliner Freibädern. In und um Bäder sowie an Stränden sind für 2017 in der Statistik 35 Fälle von Körperverletzung erfasst worden, 2018 waren es 82 und 2019 dann 76. Für 2020 sind 50 Fälle registriert worden, 2021 dann 34 – diese beiden Jahre sind allerdings wegen der Corona-Pandemie mit Einschränkungen verwertbar, der Zugang

zu Freibädern war teils begrenzt. Für dieses Jahr sind in den 26 Freibädern und Strandbädern von Januar bis Ende Juni elf Schlägereien erfasst worden. Meist konnten diese mit ein bis zwei Beamten geklärt werden. Dagegen war Ende Juni im Sommerbad Neukölln und bei einer weiteren Schlägerei im Steglitzer Freibad am Insulaner eine zweistellige Zahl von Polizisten notwendig, um die Lage zu beruhigen. Sind Freibäder so gefährlich, dass die Polizei dort dauerhaft präsent sein muss?

Ausgangspunkt der Auseinandersetzung im Sommerbad Neukölln war ein Streit über Kinder, die mit Wasserpistolen spritzten. Eine 21-Jährige hatte einem Mann ins Gesicht gespritzt, er brach ihr dann mit einem Schlag das Nasenbein. In vielen Medien wurden daraus eine „Massenschlägerei“ mit 250 Personen. Tatsächlich prügeln sich wenige Menschen, wie Zeugen vor Ort bestätigen, mit denen der Tagesspiegel sprechen konnte. Auch Videoaufnahmen bestätigen diese Sicht. Die Polizei selbst spricht nicht von einer Massenschlägerei, aber davon, dass Besucher Beamte und Sicherheitskräfte be-

drängt hatten und dass es zu Tumulten kam. Auch dies ist auf den Videoaufnahmen zu sehen. Unbeteiligte – oder gar Familien und Kinder, wie Faesers Formulierung nahelegt – wurden dabei nicht angegriffen. Das Bad wurde geräumt.

Anders als die Bundesinnenministerin sieht die Berliner Polizei keine Belege für gestiegene Gewaltbereitschaft. Auf Anfrage schreibt die Behörde: „Auseinandersetzungen in Freibädern sind kein absolutes neues Phänomen. (...) Gestiegene Gewalt-

bereitschaft als Ursache zu benennen, wäre rein spekulativ und nicht valide.“

Die Forderung nach mehr Polizei in Freibädern weist die Behörde zurück. „Die Polizei Berlin ist für die Frei- und Sommerbäder nicht originär zuständig“, teilt eine Sprecherin mit. Das Hausrecht liege bei den Inhabern – und diese engagieren eigene Sicherheitsdienste. So war es auch im Sommerbad Neukölln oder am Insulaner. „Die Polizei Berlin trifft dann Maßnahmen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, Straftaten begangen werden oder sie explizit um Amtshilfe gebeten werden“, sagte die Sprecherin weiter.

Der Fokus von Innenministern auf Freibäder hat durchaus eine Vorgeschichte. 2019 sprach Faesers Amtsvorgänger Horst Seehofer (CSU) auch mit Blick auf angebliche Krawalle in einem Düsseldorf-Freibad von einem „angespannten Sicherheitsgefühl“ in Deutschland. Recherchen der ARD zeigten später, dass diese in der Form gar nicht stattgefunden hatten – einige Jugendliche hatten eine Rutsche blockiert. J. BETSCHKA/A. FRÖHLICH



Konflikte. Im Sommerbad Neukölln löste eine Wasserpistolen-Spritzerei einen Streit aus, einer Frau wurde das Nasenbein gebrochen. Es kam zu Tumulten. Foto: dpa/Paul Zinken